



Zeichnung: akg/Fototeca Gilardi/Darius

Foto: dpa/EBRD Photostream



Bundesausgabe 1,70 €

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

STANDPUNKT

Keine Karlsruhe

Uwe Kalbe zur Verfassungsbeschwerde der Datenschützer

Das Verfassungsgericht muss entscheiden, wieder einmal. Die Beschwerdeführer können sich Hoffnungen machen, wieder einmal. Und wieder einmal wird es nur eine Etappe sein, bis der nächste Versuch erfolgt, einen möglichst umfassenden Datenkontrollmechanismus einzuführen. Der Streit um das Grundverständnis von Freiheit und Sicherheit ist nach Karlsruhe delegiert; die folgende Ruhe wird vorübergehend und trügerisch sein. Weil die bröckelnde Welt ringsum auch hier Gewissheiten brüchig werden lässt, verschieben sich die Gewichte hin zur Sicherheit.

Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung liegt ohnehin im Kreuzfeuer. Nicht nur der Wunsch nach Sicherheit vor terroristischen Anschlägen, sondern die Verlockungen der Wirtschaft haben frühere Verschlösenerheit geschleift. Wo die eigenen Daten ohnehin zu jedermanns Verfügung stehen, fällt es leichter, sich auch mit der Preisgabe der letzten Informationen über persönliche Gewohnheiten abzufinden.

Mit Folgen, die noch gar nicht abzusehen sind. Parallel zum Ringen um die Vorratsdatenspeicherung, die irgendwann in die Definition der Bedingungen münden wird, unter denen sie erlaubt ist, werden die Rechte des BND erweitert, werden seine Verfehlungen wie die des Verfassungsschutzes außer streng unter Verschluss gehalten auch nachträglich legitimiert, werden Edward Snowden und Julian Assange missbraucht, um Whistleblower zu dämonisieren. Auch Informationsrechte gibt es in zwei Grundvarianten – zugeteilt von oben oder von unten erstritten.

UNTEN LINKS

Die **Präsidentenfrage** ist endlich wieder geklärt. Ultimativ, alternativlos. Der Mann ist wie geboren für das Amt. Er kann reden, er kann handeln, er spricht harte Wahrheiten ohne falsche Rücksicht aus, bei Bedarf auch gegenüber den eigenen Leuten. Viel Geld ist schon durch seine Hände gegangen, was kein ganz unwichtiger Aspekt ist in einer Welt, deren wichtigster Grundwert das Geld ist. Er ist wahn-sinnig beliebt, jedenfalls bei denen, die ihn gewählt haben. Sie haben ihn herbeigesehnt. Gut, er ist kein begnadeter Diplomat, aber dafür bleibt uns viel Gesülze erspart. Er kennt die Höhen und Tiefen; er weiß, dass das Leben nicht ein einziges Oktoberfest ist. Er besitzt umfassende Kompetenzen bei den Themen Finanztransfer und Steuerrecht. Seit er im Knast saß, hat er auch noch street credibility. Da können Leute wie Köhler, Wulff, Gauck und Steinmeier nicht mithalten. Er weiß, wo die Weißwurst hängt. A Hund isser scho, der Hoeneß! *wh*

Geschätzte Genossen

Mittwoch entscheidet sich, ob Genossenschaften zum Weltkulturerbe erklärt werden



Hermann Schulze-Delitzsch, in Stein gehauen in Berlin

Foto: imago/Lem

Berlin. Im Jahre 1849 hat der Sozialreformer Hermann Schulze-Delitzsch eine der ersten Genossenschaften in Deutschland gegründet, in der Schuhmacher gemeinsam wirtschafteten. Die Idee entstand kurz nach der Revolution von 1848, die eine radikale Veränderung der Gesellschaft zum Ziel hatte und gescheitert war. Heute gibt es Schätzungen zufolge weltweit rund 900 000 Genossenschaften mit 800 Millionen Mitgliedern. Besonders bekannt ist diese Unternehmensform allerdings trotzdem nicht, an deutschen Universitäten erfahren Studenten der Wirtschaftswissenschaften kaum etwas darüber. Auch deshalb

hat Deutschland beantragt, die Idee der Genossenschaft in die Liste des immateriellen Weltkulturerbes aufzunehmen. Am morgigen Mittwoch befindet sich ein Ausschuss der Unesco über den Antrag.

Einst aus der Not geboren, seien Genossenschaften heute ein probates Mittel, um Chancengleichheit und sozialen Ausgleich zu befördern, heißt es in dem deutschen Antrag. Allerdings gibt es heute höchst unterschiedliche Genossenschaften. Auf der einen Seite gibt es Riesen wie Edeka. Der Marktführer im deutschen Einzelhandel nutzt seine Macht, um die Preise für Lebensmittel zu drücken – zum Leid-

wesen der Landwirte. Auf der anderen Seite haben Bürger kleine Genossenschaften gegründet, etwa die Neuen Kammerspiele in Kleinmachnow oder die Wohnungsgenossenschaft »Bremer Höhe in Berlin. Und dann gibt es natürlich noch die Agrar-genossenschaften in Ostdeutschland: Viele dieser 900 landwirtschaftlichen Betriebe sind heute noch wichtig für die Dörfer. Wir haben uns das Agrarunternehmen Menz angeschaut, das ein Dutzend Eigentümer hat und haben nachgefragt, warum der Betrieb eine Genossenschaft geblieben und wie demokratisch das Unternehmen organisiert ist. *nd* **Seiten 2 und 3**

Verdacht auf Vorrat

32 000 Unterschriften gegen staatliche Datensammelwut / Beschwerde vor Bundesverfassungsgericht

Vorratsdatenerhebung: Schutz vor Verbrechern oder staatlicher Gesetzesbruch? Erneut wird die Entscheidung nach Karlsruhe verschoben.

Von Uwe Kalbe

Eine flächendeckende Speicherung von Telefon- und Internetdaten ohne konkreten Anlass und Verdacht wird von der Bürgergesellschaft nicht hingenommen. Mehrere Verfassungsbeschwerden liegen bereits gegen die sogenannte Vorratsdatenspeicherung bei Gericht in Karlsruhe, am Montag kam eine weitere hinzu.

Sie eröffnet ein weiteres Kapitel der endlosen Geschichte »Vorratsdatenspeicherung«: Bereits 2010 hatte ein Bürgerbündnis mit über 60 000 Unterstützern im Rücken ein Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung vor dem Bundesverfassungsgericht zu Fall gebracht. Im vergangenen Jahr setzte die Bundesregierung unter Verweis

auf terroristische Anschläge in Paris erneut ein Gesetz zur anlasslosen Speicherung von Telefon- und Internetdaten durch, und das, obwohl im Jahr zuvor auch der Europäische Gerichtshof EuGH eine umfassende Datenspeicherung als Verstoß gegen europäische Grundwerte bezeichnet und die entsprechende EU-Richtlinie für unwirksam erklärt hatte. Ab 2017 werden Telefonanbieter diesem Gesetz zufolge verpflichtet, IP-Adressen und andere Vorratsdaten zu speichern, um sie für Behörden verfügbar zu machen. Kritiker wie Rolf Gössner von der Liga für Menschenrechte wenden ein, in Frankreich habe die »exzessiv genutzte Vorratsdaten-Massenspeicherung« keines der schweren Attentate verhindern können.

Am Montag nun legte ein Bündnis aus Bürgerrechtlern, Politikern und Datenschützern Verfassungsbeschwerde auch gegen dieses neue Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung in Deutschland

ein. Die Beschwerdeschrift wurde zusammen mit mehr als 32 000 Unterschriften beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe eingereicht. Neben dem Verein Di-

Aus einem Recht auf Datenschutz wird ein Streit um Zumutbarkeiten und Abwägung von Umständen.

gitalcourage und dem Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung sind auch Prominente wie die Schriftstellerin Juli Zeh, der Kabarettist Marc-Uwe Kling, ver.di-Chef Frank Bsirske, der Ökonom und Jesuit Friedhelm Hengsbach, Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau (LINKE) und Vertreter des Deutschen Journalisten-Verbandes beteiligt.

Die Kläger sehen ihre Erfolgsaussichten zuversichtlich, auch wegen der EuGH-Entscheidung von 2014. Zugleich jedoch gibt ein paralleles Verfahren, wieder vor dem EuGH, Grund zu zweifeln. Darin geht es um Klagen in Schweden und Großbritannien. Im Oktober machte der Generalanwalt in Brüssel deutlich, dass Datenspeicherung zur Bekämpfung schwerer Kriminalität rechtskonform sein könne. Verlangt seien allerdings strenge Voraussetzungen und die Wahrung der Verhältnismäßigkeit.

Auch das Bundesverfassungsgericht legte 2010 dar, dass Vorratsdatenerhebung begründet sein könne, aber an Auflagen zu binden sei. Aus einem Recht auf Datenschutz wird damit ein Streit um Zumutbarkeiten und Abwägung von Umständen. Die Telefonanbieter speichern derweil längst Daten auf Vorrat, aus eigenem Entschluss, je nach Provider bis zu sechs Monate. *Mit Agenturen*

Olympia nicht mehr bei ARD und ZDF

Von 2018 an wird Eurosport live von den Olympischen Spielen berichten

Berlin. Die Olympischen Spiele 2018 bis 2024 werden nicht im öffentlich-rechtlichen Fernsehen zu sehen sein. Rechteinhaber Discovery teilte am Montag mit, dass die Verhandlungen mit ARD und ZDF über eine Sublizenzierung zu keinem Ergebnis gekommen seien. Das US-Medienunternehmen wird ab den kommenden Winterspielen in Pyeongchang 2018 auf seinen frei empfangbaren Sendern Eurosport und DMAX sowie im Pay-TV bei Eurosport 2 und auf der kostenpflichtigen Digitalplattform »Eurosport Player« berichten.

ARD und ZDF sollen für die Sublizenzen der Winterspiele in Pyeongchang und der Sommerspiele 2020 in Tokio 100 Millionen Euro geboten, Discovery hingegen 150 Millionen Euro verlangt haben. Offizielle Bestätigungen dieser Zahlen gibt es nicht. Discovery hatte bereits 2015 die Übertragungsrechte für Europa bis 2024 erworben – für 1,3 Milliarden Euro. Die ARD erklärte, man habe mit den Rundfunkbeiträgen verantwortungsvoll umgehen müssen. *nd* **Seite 19**

Regierung eroberte Norden Aleppos

Entscheidender Schlag gegen die Rebellen in der syrischen Stadt

Aleppo. Syriens Regierung ist im Kampf um die Großstadt Aleppo ein entscheidender Schlag gegen die Rebellen gelungen. Die Armee und ihre Verbündeten nahmen nach heftigen Kämpfen und Luftangriffen den kompletten Norden der Rebellengebiete Aleppos ein, wie die Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte und die staatliche Nachrichtenagentur SANA am Montag meldeten. Damit haben die Regierungsgegner mehr als ein Drittel des bislang von ihnen kontrollierten Gebietes in der Stadt verloren. »Das ist die schwerste Niederlage der Rebellen, seitdem sie Aleppo 2012 eingenommen haben«, sagte der Leiter der Beobachtungsstelle, Rami Abdel Rahman.

Tausende Zivilisten sind unterdessen vor den Kämpfen auf der Flucht. Rund 6000 Menschen seien in einen von Kurden beherrschten Stadtteil geflohen, erklärten die Menschenrechtler. Etwa 4000 Zivilisten zogen laut den Menschenrechtlern in Stadtteile, die kürzlich von der Regierung eingenommen worden waren. *Agenturen/nd*

Fillons Kür mischt die Politik auf

Frankreich: Nun sehen sich auch die regierenden Sozialisten in Zugzwang

Paris. Nach der Kür von François Fillon zum Präsidentschaftskandidaten der französischen Konservativen ist der Machtkampf bei den regierenden Sozialisten offen ausgebrochen. Ein Regierungssprecher sagte am Montag in Paris, Premierminister Manuel Valls drohe im Fall einer Kampfkandidatur gegen Präsident François Hollande der Rauswurf aus dem Kabinett.

Valls macht seit Tagen Druck auf den unbeliebten Hollande, nicht für eine zweite Amtszeit anzutreten. Der Premier hatte am Wochenende erstmals nicht mehr ausgeschlossen, sich auch im Fall einer Kandidatur Hollandes zu bewerben. Der 54-Jährige begründete dies in einem Interview mit der »Verunsicherung« und »Enttäuschung« vieler Linker. Er wolle den »Mechanismus durchbrechen, der uns in die Niederlage führt«.

Ex-Premier Fillon, einst als »Mister Nobody« belächelt, hatte sich mit einem klaren Sieg über seinen Rivalen Alain Juppé die Präsidentschaftskandidatur der Konservativen gesichert. *Agenturen/nd* **Seiten 4 und 7**

